



Newsletter

24. Januar 2020

Bildung – Hessen investiert in seine Schulen

Der Bildungsetat sieht über 900 neue Stellen vor. „Mit dem Haushalt 2020 stellt die Landesregierung die personelle Ausstattung der hessischen Schulen erneut in den Mittelpunkt ihrer Anstrengungen“, sagte Kultusminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz. „Investitionen in unsere Schulen sind Investitionen in die Bildung unserer Kinder und damit auch in die Zukunft Hessens.“

Brexit – „Wir haben gut gearbeitet, jetzt geht der Blick nach vorn“

Europaministerin Lucia Puttrich, Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir und Finanzminister Dr. Thomas Schäfer ziehen wenige Tage vor dem Brexit Bilanz und blicken auf künftige Aufgaben: „Der harte Schnitt ist noch nicht vom Tisch.“

Wirtschaft – Erfolgsmodell Duale Ausbildung

Zweites „Bündnis Ausbildung Hessen“ unterzeichnet: „Gemeinsam wollen wir das Erfolgsmodell der beruflichen Ausbildung in Hessen weiter stärken“, sagten Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir und Kultusminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz.

Außerdem in dieser Ausgabe:

- ▶ Nahmobilität – Drei Radprofessuren für Hessen
- ▶ Sicherheit – Neuer Ausbildungsstandort der Bundespolizei in Rotenburg
- ▶ Messen – Für Verbleib der IAA in Frankfurt
- ▶ Sicherheit – Kein Raum für Rechtsextremisten
- ▶ Vogelgrippe – Priska Hinz appelliert an Geflügelhalter

Zahl der Woche, Link der Woche, Hessenbilder, Impressum

Mehr dazu auf den folgenden Seiten

Bildung – Hessen investiert in seine Schulen

Der Bildungsetat sieht über 900 neue Stellen vor. „Mit dem Haushalt 2020 stellt die Landesregierung die personelle Ausstattung der hessischen Schulen erneut in den Mittelpunkt ihrer Anstrengungen“, sagte Kultusminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz. „Investitionen in unsere Schulen sind Investitionen in die Bildung unserer Kinder und damit auch in die Zukunft Hessens.“

„Wir stärken die Bildungssprache Deutsch, schaffen zusätzliche Kapazitäten in der Ausbildung neuer Lehrkräfte und stellen den Schulen sozialpädagogische Fachkräfte zur Unterstützung und Entlastung zur Verfügung“, so Lorz weiter. Er verwies auf den signifikanten Zuwachs in allen schulischen Bereichen, die der Bildungsetat für das Jahr 2020 vorsieht. Insgesamt steigt dieser mit rund 4,2 Milliarden Euro erneut auf ein neues Rekordniveau. Die Investitionen im Jahr 2020 entsprechen einer Steigerung von 158 Millionen Euro oder rund vier Prozent gegenüber dem Jahr 2019.

180 Stellen zur Stärkung der Bildungssprache Deutsch

Einen besonderen Schwerpunkt im Bildungsetat stellt die Stärkung der Bildungssprache Deutsch dar. 180 Stellen dienen dabei der im Koalitionsvertrag vereinbarten Ausweitung der Stundentafel in der Grundschule um eine zusätzliche Deutschstunde, die zum Schuljahr 2020/21 startet. Darüber hinaus werden damit die Deutsch-Förderkurse begleitend zum regulären Unterricht ausgebaut. „Wir alle wissen, dass bildungssprachliche Kompetenzen in der deutschen Sprache für alle Schülerinnen und Schüler die wesentliche Voraussetzung zum Lernen und für den Schulerfolg sind und daher herausragende Bedeutung bei der Verbesserung der Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit haben“, sagte Lorz.

100 zusätzliche Stellen für neue Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst

Die Lehrkräftegewinnung ist eine der zentralen Herausforderungen in der Bildungspolitik in Deutschland. Ungeachtet der Tatsache, dass Hessen in diesem Bereich mit einem umfangreichen Weiterbildungsprogramm für Lehrkräfte anderer Lehrämter für den Einsatz in den Grundschulen und einer massiven Ausweitung der Studienplätze bereits gut aufgestellt ist, werden die Maßnahmen zur Lehrkräftegewinnung in diesem Jahr weiter intensiviert, um auch zukünftig ausreichend gut ausgebildete und qualifizierte Lehrkräfte zur Verfügung zu haben. Nachdem im Jahr 2019 bereits 200 zusätzliche Stellen für Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst geschaffen wurden, folgen nun 100 weitere.

Erfolgsmodell sozialpädagogische Fachkräfte wird ausgeweitet

Eng verbunden mit den Maßnahmen zur Lehrkräftegewinnung sind die 700 zusätzlichen Stellen für sozialpädagogische Fachkräfte, die den Schulen seit dem Jahr 2018 erstmals zur Verfügung stehen. „Damit entlasten wir unsere Lehrerinnen und Lehrer bei Tätigkeiten, die zusätzlich zum täglichen Schulunterricht anfallen. Hessenweit profitieren bereits heute mehr als 1.300 Schulen von unserer Investition“, so Lorz. „Darauf ruhen wir uns nicht aus, sondern stellen den Schulen weitere 140 Stellen für Sozialpädagogen zur Verfügung.“

Förderungen der digitalen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler

Mit dem rund 500 Millionen Euro umfassenden Programm „Digitale Schule Hessen“ soll nicht nur die Ausstattung der Schulen auf den neusten Stand gebracht, sondern auch den digitalen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler aller Schulformen zusätzlich Schwung verliehen werden. Zur konkreten Umsetzung im Schulalltag sind daher im Haushalt 34 neue Stellen sowie acht Millionen Euro für Sachkosten vorgesehen. Damit werden erstmals allen Lehrkräften in Hessen dienstliche E-Mail-Adressen zur Verfügung gestellt, der Ausbau des „Schulportals Hessen“ finanziert sowie die Lehrerfortbildung ausgebaut.

Weitere Investitionsschwerpunkte im Jahr 2020:

- ▶ Die Lehrerversorgung der Schulen mit 105 Prozent ist ein hessisches Erfolgsmodell, das auch 2020 fortgeführt wird. Damit dies gelingt, erhalten die Schulen 159 zusätzliche Lehrerstellen.
- ▶ Der in den vergangenen Jahren u.a. im „Pakt für den Nachmittag“ betriebene Ausbau der Ganztagsangebote wird mit 230 neuen Stellen weiter fortgesetzt.
- ▶ Für den sukzessiven Ausbau der inklusiven Beschulung, d.h. die Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit Beeinträchtigungen, werden an den allgemeinen Schulen zusätzlich 40 Stellen für Förderpädagogen bereitgestellt.
- ▶ Für schulische Fördermaßnahmen wie kulturelle Schwerpunktschulen, Familienklassen, Hochbegabtenförderung, Dyskalkulie und Legasthenie und Schulgesundheitsfachkräfte werden fünf Millionen Euro zur Verfügung gestellt.
- ▶ Für die Einrichtung und den späteren sukzessiven Ausbau pädagogisch-selbstständiger Schulen sind 15 zusätzliche Lehrerstellen vorgesehen.
- ▶ Der bundesweit einmalige Sozial- und Integrationsindex für Schulen, die in einem besonders schwierigen Umfeld arbeiten, wird von 740 Stellen um weitere 20 Stellen erhöht.
- ▶ Für die Entlastung von Schulleitungen und Lehrkräften sollen zusätzliche Verwaltungskapazitäten aufgebaut werden. Den Schulträgern werden hierfür über das Programm „Starke Heimat Hessen“ im Haushaltsjahr 2020 in einem ersten Schritt fünf Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Weitere Informationen.

Brexit – „Wir haben gut gearbeitet, jetzt geht der Blick nach vorn“

Europaministerin Lucia Puttrich, Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir und Finanzminister Dr. Thomas Schäfer ziehen wenige Tage vor dem Brexit Bilanz und blicken auf künftige Aufgaben: „Der harte Schnitt ist noch nicht vom Tisch.“

Mehr als hundert Unternehmen der Finanz- und Realwirtschaft werden wegen des bevorstehenden Brexit Aufgaben nach Hessen verlagern oder haben das schon getan. Der Kündigungsschutz für Spitzenverdiener ist gelockert und andere rechtliche Rahmenbedingungen sind angepasst worden, um den Finanzplatz Frankfurt im internationalen Wettbewerb noch attraktiver zu machen. Und in Hessen ist ein stabiles Netzwerk aus Politik, Unternehmen und Verbänden entstanden, das

den Wirtschaftsstandort Hessen auch in Zukunft gemeinsam erfolgreich vermarkten wird.

Wenige Tage vor dem Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union haben Europaministerin Lucia Puttrich, Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir und Finanzminister Dr. Thomas Schäfer gemeinsam Bilanz der Brexit-Vorbereitungen in Hessen gezogen. Al-Wazir, Puttrich und Schäfer leiten die Steuerungsgruppe, die seit dem Brexit-Referendum vom Juni 2016 die Aktivitäten in der Hessischen Landesregierung koordiniert und vorangetrieben hat.

„Hessen ist auf den Brexit gut vorbereitet. Das ist kein Grund zum Jubeln, denn der Brexit ist und bleibt eine Tragödie für unser gemeinsames Projekt Europa. Aber die Hessische Landesregierung hat mit vielen Partnern in den vergangenen Jahren hart dafür gekämpft, aus etwas Schlechtem das Bestmögliche für Hessen zu machen. Das ist uns gelungen. Wir haben gut gearbeitet, jetzt geht der Blick nach vorn“, lautet das Fazit der drei Minister.

„Harter Brexit ist noch nicht vom Tisch“

Dank seiner besonderen Brexit-Arbeitsstruktur, einer zentralen Anlaufstelle in der Staatskanzlei, enger Abstimmung aller Ressorts und einem stabilen Netzwerk sei Hessen von Anfang an Vorreiter bei der Brexit-Planung gewesen, auch gegenüber der Bundesregierung. „Wir haben ordentlich Dampf gemacht und die anderen Länder angeführt und vorangetrieben. Darauf sind wir stolz und deshalb machen wir jetzt auch engagiert weiter“, sagte Puttrich. „Das ist auch nötig, denn der harte Brexit ist noch lange nicht vom Tisch.“

Dank der vereinbarten Übergangsphase werde es ab 1. Februar keine Warteschlangen auf den Flughäfen oder beim Zoll geben. Grund zur Entspannung sei das nicht, betonte Puttrich. „Bis Jahresende müssen die künftigen Beziehungen zwischen der EU und Großbritannien verhandelt sein“, sagte Puttrich. „Das ist mehr als sportlich und wenn es nicht gelingt oder es keine längere Übergangsphase gibt, droht der harte Schnitt.“

„Für freien Handel, offene Märkte und offene Grenzen“

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Hessen und dem Vereinigten Königreich haben sich in den vergangenen zwei Jahren nicht einheitlich entwickelt. Während die Exportvolumina von 2018 bis 2019 von 4,3 auf 3,9 Milliarden Euro abgenommen haben, gab es bei den Importen Zuwächse – diese stiegen von 4,9 auf 5,2 Milliarden Euro. Der Anstieg der Importvolumina wurde durch den Kursverfall des britischen Pfunds begünstigt. Ein Grund für den Rückgang der Exporte liegt darin, dass sich hessische Exportunternehmen wegen des anstehenden Brexit auf neue Zielmärkte außerhalb Großbritanniens ausgerichtet haben.

„In Hessen treten wir für freien Handel, offene Märkte und offene Grenzen ein. Wir sind überzeugte Europäer. Darum bedauern wir den Brexit sehr. In den vergangenen Jahren war unser Ziel, die Betriebe bei ihren Vorbereitungen auf den Austritt Großbritanniens zu begleiten. Mit dem Arbeitskreis Realwirtschaft, mit Veranstaltungen, Beratungsförderung und intensivem Standortmarketing“, sagte Al-Wazir. „Wir in Hessen sind mit Frankfurt als europäisches Finanzzentrum ein starker

Standort. Daher haben wir in den vergangenen Jahren im Brexit auch Chancen und nicht nur Risiken gesehen. Nun ist wichtig, die hessischen Unternehmen weiter zu unterstützen. Denn wir wollen unsere guten Beziehungen zu Großbritannien fortsetzen.“

Frankfurt als führendes Finanzzentrum gefestigt

„Unser aller Einsatz war erfolgreich: Der Finanzplatz Frankfurt ist im Bereich Banking der Brexit-Gewinner. Frankfurt hat seine Rolle als führendes Finanzzentrum in der EU-27 festigen können. Auf diesem Erfolg dürfen wir uns aber jetzt nicht ausruhen“, sagte Schäfer. Das Land habe wichtige Initiativen eingebracht, um den Rechtsrahmen zu verbessern. Hierzu zählten Anpassungen im Arbeits- und Steuerrecht sowie im Pfandbriefrecht. „Zudem haben wir eigene Möglichkeiten genutzt, etwa mit der Einrichtung einer englischsprachigen Kammer für internationale Handelssachen am Landgericht Frankfurt.“

Länder müssen im Bundesrat dem Abkommen zustimmen

Hessen werde sich gemeinsam mit den anderen Ländern intensiv an den Verhandlungen über die künftigen Beziehungen zwischen der EU und Großbritannien beteiligen, kündigte Puttrich an. „Das ist keine Formsache. Wir in Hessen sind vom Brexit betroffen und am Ende müssen die Länder im Bundesrat dem Abkommen zustimmen. Also wollen wir vorher auch mitreden.“ Mit einer gemeinsamen Bundesratsinitiative, an der Hessen federführend mitwirke, solle die Bundesregierung aufgefordert werden, sich mit den Ländern bei der Festlegung der deutschen Verhandlungsposition eng abzustimmen und die Länder an Sitzungen der relevanten Gremien zu beteiligen. „Wir haben schon in den vergangenen Jahren gut mit dem Bund zusammengearbeitet. Jetzt ist das noch wichtiger“, sagte Puttrich.

Weitere Informationen.

Wirtschaft – Erfolgsmodell Duale Ausbildung

Zweites „Bündnis Ausbildung Hessen“ unterzeichnet: „Gemeinsam wollen wir das Erfolgsmodell der beruflichen Ausbildung in Hessen weiter stärken“, sagten Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir und Kultusminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz.

„Die berufliche Bildung ist ein hochwertiger und praxisorientierter Weg in die Erwerbstätigkeit, der alle Möglichkeiten bis hin zum späteren Studium eröffnet“, so Al-Wazir und Lorz weiter. „Mit der dualen Ausbildung, die Theorie und Praxis verbindet, ist Deutschland eindeutig Vorreiter und auch im internationalen Vergleich sehr erfolgreich. Das ist auch ein Verdienst der Kammern, der Ausbildungsbetriebe, der Gewerkschaften sowie der Städte und Gemeinden – kurz: unserer Bündnispartner beim Thema Ausbildung.“

Zu den Unterzeichnern und Bündnispartnern zählen neben dem Land Hessen die hessischen Industrie- und Handelskammern, die hessischen Handwerkskammern, die Regionaldirektion Hessen der Bundesagentur für Arbeit, die Vereinigung der

Hessischen Unternehmerverbände e. V., der Verband Freier Berufe in Hessen, der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB-Bezirk Hessen-Thüringen) sowie der Hessische Landkreistag, der Hessische Städtetag und der Hessische Städte- und Gemeindebund. Das erste Bündnis Ausbildung war im März 2015 geschlossen worden. Das neue Bündnis vom 10. Januar 2020 gilt bis zum Jahr 2024.

Gleichwertigkeit zwischen beruflicher und akademischer Ausbildung

„In Hessen entscheiden sich endlich wieder mehr junge Menschen für eine Ausbildung als Einstieg ins Berufsleben und das ist für die hessische Wirtschaft enorm wichtig: Denn die Betriebe sind angewiesen auf qualifizierte junge Menschen“, sagte Al-Wazir. „Das gilt nicht nur für große, sondern auch für kleine und mittlere Unternehmen, und das ist auch ein Erfolg unserer Vereinbarung von 2015. Die Bündnisarbeit hat hier wirklich gute Arbeit geleistet. Die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze ist gestiegen und mehr junge Menschen finden einen Ausbildungsplatz.“ Nach jahrelangem Rückgang der Auszubildendenzahlen sei es gelungen, in den letzten drei Jahren jeweils mehr neue Ausbildungsverträge abzuschließen als im Jahr davor. 2017 waren es 37.725, im Jahr darauf 38.226 und 2019 insgesamt 38.370 Ausbildungsverträge.

„Wer heute eine Ausbildung beginnt, hat nicht nur äußerst gute Chancen übernommen zu werden, sondern später auch hervorragende Gehalts- und Aufstiegsperspektiven, die vielfach mit denen von Hochschulabsolventen vergleichbar sind“, sagte Lorz. „Deshalb setzen wir uns in Hessen ausdrücklich für die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Ausbildung ein und informieren Schülerinnen und Schüler frühzeitig und gemeinsam mit unseren Kooperationspartnern über die Möglichkeiten, die eine duale Ausbildung bietet.“

Duale Ausbildung öffnet Türen zu allen Karrierewegen

Die Bündnispartner wiesen auf eine Reihe von Errungenschaften hin, auf denen das neue Bündnis in den kommenden Jahren weiter aufbauen will. Dazu zählt das günstige Azubiticket, das die Ausbildung attraktiver macht. Hinzu kommt, dass die duale Ausbildung in Hessen die Türen zu allen Karrierewegen öffnet. So ist es bereits seit dem Wintersemester 2016/2017 möglich, bei gutem Ausbildungsabschluss auch ohne Abitur an hessischen Hochschulen zu studieren. Gut gemeistert hat Hessen zudem die Integration junger Flüchtlinge und Zuwanderer in eine Ausbildung. Eine große Aufnahmebereitschaft der Betriebe ging hier mit beispielhaften hessischen Landesinitiativen zur Sprachförderung und Begleitung wie dem zweiten Berufsschultag und der Initiative „Wirtschaft integriert“ Hand in Hand.

Gleichwohl sehen sich die Bündnispartner in der beruflichen Bildung in den nächsten Jahren auch weiterhin Herausforderungen gegenüber. Unternehmen in einigen Branchen haben zunehmend Schwierigkeiten, ihre Ausbildungsplätze zu besetzen. Es gelingt trotz intensiver beruflicher Orientierung an den allgemein bildenden Schulen noch nicht immer, junge Menschen unterschiedlicher Herkunft und Bildungsbiographie für die berufliche Bildung zu motivieren und letztlich alle ausbildungsinteressierten jungen Menschen in Ausbildung zu integrieren.

Frühzeitige berufliche Orientierung ebnet den Weg

Vor diesem Hintergrund wollen die Bündnispartner ihre gemeinsamen Anstrengungen fokussieren: Eine große Bedeutung hat weiterhin eine praxisnahe und frühzeitige berufliche Orientierung während der Schulzeit, damit junge Menschen angesichts einer Vielzahl von Ausbildungs- und Studienmöglichkeiten den für sie richtigen Start ins Berufsleben finden und die Chancen einer beruflichen Ausbildung ergreifen.

Weitere Informationen.

Nahmobilität – Drei Radprofessuren für Hessen

Drei von insgesamt sieben Fahrrad-Professuren in Deutschland kommen an hessische Hochschulen und Universitäten. Neben der Hochschule RheinMain und der Frankfurt University of Applied Sciences wird auch die Universität in Kassel jeweils eine Stiftungsprofessur erhalten. „Wir freuen uns, dass damit die Zukunft des Radverkehrs maßgeblich von Hessen aus erforscht und gestaltet wird“, sagten Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir und Wissenschaftsministerin Angela Dorn. Im Rahmen des „Nationalen Radverkehrsplan 2020“ hatte das Bundesverkehrsministerium im April 2019 die Möglichkeit für Universitäten und Hochschulen in Deutschland geschaffen, sich um eine der Stiftungsprofessuren zu bewerben. „Unsere Hochschulen sind gut dafür aufgestellt, Lösungen für gesellschaftliche, technische und andere Herausforderungen zu erarbeiten“, sagte Dorn. „Es gibt keinen ökologischen Aufbruch ohne die Wissenschaft. Dazu gehören auch und ganz besonders Zukunftsthemen wie nachhaltige Mobilität, Umwelt- und Klimaschutz.“ Al-Wazir erklärte, dass zu einer erfolgreichen Verkehrswende in Hessen das Fahrradfahren gehöre. Neben dem Bau des Radschnellwegs zwischen Frankfurt und Darmstadt sowie den identifizierten Korridoren für weitere Radschnellverbindungen, Rekordmitteln für den Bau neuer Radwege an Landesstraßen und die finanzielle Förderung kommunaler Projekte leistet vor allem die Arbeitsgemeinschaft Nahmobilität einen wichtigen Beitrag. Weitere Informationen.

Sicherheit – Neuer Ausbildungsstandort der Bundespolizei in Rotenburg

Innenminister Peter Beuth hat den Plan von Bundesinnenminister Horst Seehofer begrüßt, in Rotenburg an der Fulda angehende Bundespolizisten auszubilden. Ab dem 1. September 2021 sollen bis zu 500 Auszubildende und weiteres Stammpersonal auf dem Gelände der ehemaligen Alheimer Kaserne stationiert werden. „Es freut mich sehr, dass die Bundespolizei dem Standort in Rotenburg mit vielen jungen Anwärterinnen und Anwärtern neues Leben einhauchen will“, sagte Beuth. „Die hessische Polizei wird die angehenden Kolleginnen und Kollegen willkommen heißen und die gute Zusammenarbeit in unserem Bundesland noch weiter vertiefen.“ Die Bundespolizei beschäftigt rund 45.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon sind rund 30.000 Frauen und Männer als Polizeivollzugsbeamte tätig. Wie auch die hessische Polizei stellt die Bundespolizei verstärkt zusätzliches Personal ein. Auftrag der Polizisten, die dem Bundesinnenministerium unterstellt

sind, ist es, für Sicherheit an Flughäfen, Bahnhöfen, auf See und in der Luft zu sorgen. Traditionell tauschen sich die Polizeibehörden des Bundes und der Länder eng aus und unterstützen sich insbesondere bei größeren Lagen regelmäßig mit fachkundigem Personal. [Weitere Informationen](#).

Messen – Für Verbleib der IAA in Frankfurt

Ministerpräsident Volker Bouffier und Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir setzen sich für den Verbleib der Internationalen Automobilausstellung (IAA) in Frankfurt ein. „Seit mehr als 60 Jahren lockt die IAA hunderttausende Menschen nach Frankfurt und Hessen“, sagten Bouffier und Al-Wazir. „Es ist enorm wichtig, dass sie in Frankfurt bleibt. Sie ist wichtiger Wirtschaftsfaktor und eine der traditionsreichsten Messen. Wir möchten, dass das so bleibt. Es ist aber auch klar, dass die IAA sich neu erfinden und zu einer Mobilitätsmesse weiterentwickeln muss, die nicht nur das Auto präsentiert, sondern es mit allen Verkehrsträgern verbindet. Auch hier stehen Frankfurt und der gesamte Ballungsraum Rhein-Main Pate: als Pendlerregion, mit Flughafen und Frankfurter Hauptbahnhof, mit Kompetenz in Mobilität und Logistik und gut erreichbar aus allen Himmelsrichtungen. Die Idee, die neue IAA als intermodale Mobilitätsplattform auch mitten in der Stadt auszurichten, unterstützen wir daher ausdrücklich.“ [Weitere Informationen](#).

Sicherheit – Kein Raum für Rechtsextremisten

Das Innenministerium und der Gaststättenverband informieren Vermieter in Hessen über Rechtsextremisten. Immer wieder versuchen Rechtsextremisten Räumlichkeiten zu mieten, um dort Balladenabende, Konzerte oder Sonnenwendfeiern zu begehen. Sobald die Sicherheitsbehörden von einem solchen Vorhaben erfahren, werden alle rechtlich möglichen Maßnahmen eingeleitet, um diese Veranstaltungen zu verhindern. Jetzt haben das Innenministerium und der Hotel- und Gastronomieverband DEHOGA Hessen e.V. eine Broschüre mit dem Titel „Geschlossene Gesellschaft. Kein Raum für Rechtsextremisten“ herausgegeben. Sie richtet sich insbesondere an Vermieterinnen und Vermieter von Veranstaltungsräumlichkeiten und umfasst Informationen und Handlungsempfehlungen im Umgang mit Anmietversuchen durch Rechtsextremisten. Innenminister Peter Beuth betonte die Wichtigkeit von Wachsamkeit und Handlungssicherheit der Gesellschaft im Kampf gegen Rechtsextremismus. Die Broschüre solle dafür sensibilisieren, wann und unter welchen Vorwänden Rechtsextremisten Räumlichkeiten für politische Veranstaltungen anmieten. Sie gebe auch Hinweise und Empfehlungen, wie mit solchen Anfragen umgegangen werden könne. „Das ist eine weitere Maßnahme in unserem Kampf gegen Extremisten in Hessen, den wir mit aller Entschlossenheit weiterführen werden“, erklärte Beuth. [Weitere Informationen](#).

Vogelgrippe – Priska Hinz appelliert an Geflügelhalter

In Brandenburg wurde bei einer verendeten Wildgans der Geflügelpest-Erreger H5N8 nachgewiesen. Der festgestellte Subtyp der Vogelgrippe breitet sich seit Jahresbeginn sehr schnell in Osteuropa aus und hat bereits in Polen, der Slowakei, Ungarn und Rumänien zu mehreren Ausbrüchen in Geflügelhaltungen geführt. „Ich rufe deshalb alle hessischen Geflügelhalterinnen und Geflügelhalter mit Freiland- und Auslaufhaltung dazu auf, die vorgeschriebenen Sicherheitsmaßnahmen strikt einzuhalten, um einen Kontakt ihrer Tiere mit Wildvögeln und eine Einschleppung in den Geflügelbestand zu verhindern“, sagte Landwirtschaftsministerin Priska Hinz. In Hessen wurden vom Landeslabor im letzten Jahr 1.200 Untersuchungen auf Geflügelpest, davon 712 bei Wildvögeln durchgeführt und bislang keine Fälle festgestellt. Zusätzlich findet derzeit ein verstärktes Monitoring von Wildvögeln durch die Vogelschutzwarte Frankfurt statt. Der letzte große Ausbruch der Vogelgrippe in Hessen war im Winter 2016/2017. Bei ca. 60 Wildvögeln und einem Zoovogel wurde die Krankheit festgestellt. Derzeit wandern viele Wasser- und Möwenvögel aus nordöstlicher Richtung nach Hessen. [Weitere Informationen](#).

Zahl der Woche

4.533 Paar Ski

Insgesamt 4.533 Paar Ski wurden 2018 nach Hessen importiert. Die meisten davon kamen 2018 nicht aus Ländern wie Österreich, Kanada oder der Schweiz, sondern aus China: 2.341 Paar wurden nach Hessen importiert. Mit 3.951 Paar wurden die meisten Skischuhe aus Rumänien importiert. Quelle: [Statistisches Landesamt](#)

Link der Woche

[Newsletter Biodiversitätsstrategie](#)

Der Newsletter der Biodiversitätsstrategie informiert regelmäßig über Themen und Möglichkeiten zur Erhaltung der natürlichen Vielfalt in unserem Land.

